

SONDERMARKE MIT JODLERIN CHRISTINE LAUTERBURG

Abgestempelt – und jetzt geehrt

Nicht allen gefällt: Die Berner «Techno-Jodlerin» Christine Lauterburg zielt die neue Sonderbriefmarke zum 100. Geburtstag des Eidgenössischen Jodlerverbands. Eine Ohrfeige für alle Heimatschützer? Mitnichten.

«Wir haben doch gar keinen Krach, gäu Chrige», habe die Präsidentin des Jodlerverbandes kürzlich zu ihr gesagt. Chrige Lauterburg lacht fröhlich in ihr Handy: «Nein, wirklich nicht, hab ich geantwortet. Die Karin ist eine sehr nette Person.» Lauterburg ist gerade in Graubünden von einem Konzert zum nächsten unterwegs. Das vom «Blick» geschürte Skandalchen um die Sonderbriefmarke, die sie mit offenem Haar, Alphorn und Schweizer Fahnen zeigt, hat sie nicht weiter beachtet. Schliesslich ist es ja auch nur ein Strohfeder im Vergleich zu den Stichflammen, die vor 25 Jahren im Lager der korrekten Vereinsjodler hochgingen. Damals war Lauterburg in Langenthal am Kantonalen Jodlerfest und dann in Brig am «Eidgenössischen» in Tracht und Leder aufgetreten – mit eigener Komposition, sich selbst begleitend. Alles reglementwidrig. In der Folge wurden ihre Konzerte des Öftern von militanten Traditionalisten gestört.

«Ich bin dann bald wieder aus dem Jodlerverband ausgetreten», erinnert sich die Stadtbannerin, «freiwillig und überzeugt, dass das nicht meine Welt ist.» «Echo der Zeit», jenes erfolgreiche Dancefloor-Album, das ihr



Schweizer Volkskultur 2010: Die freie Jodlerin Christine Lauterburg und der Verbandsjodler Josef Schärli friedlich vereint.

1994 den Stempel «Techno-Jodlerin» eintrug, sorgte noch einmal für Empörung, danach wurde es ruhiger um die Frau, die dem aktuellen Volksmusikboom zwei Jahrzehnte voraus war.

Inakzeptabel für Schützen

Karin Niederberger, die Präsidentin des Jodlerverbandes, konnte sich in den letzten Tagen weniger gut entspannen als «Chrige» on tour. Sie musste den Medien wiederholt bestätigen, dass der Verband die von

der Schweizer Post gestaltete Marke so abgesegnet hat. Gleichzeitig musste sie Verbandsmitglieder beruhigen, die gern jemanden aus den eigenen Reihen darauf gesehen hätten. Der Luzerner Jodler und Dirigent Franz Stadelmann klagte dem «Blick», Lauterburg habe einen seiner Liedtexte über die Kämpfe der alten Eidgenossen mit dem Ausruf «Immer nur übers Schiessen, übers Schiessen!» kommentiert. «Das ist wieder typisch, eine Schiessgegnerin auf unserer

Briefmarke», doppelte Hans Kyburz im Blog der Zeitung nach, und jemand anders forderte: «Ab in die Wüste mir ihr.» Von dort, genauer aus Dubai, kam folgende Antwort: «Eine Revoluzzerin auf der Briefmarke! Klasse, diese Griesbappen-Vereine sollen sich mal anpassen.» Christine Lauterburg selbst versteht sich als Künstlerin, nicht als Revoluzzerin. Was sie heute musikalisch macht, hat sich längst weit entfernt von jenem Technojodel, der die

schliesswütigen Herren noch immer in den sensiblen Ohren schmerzt. Dabei haben sie ja ihre eigene Sondermarke bekommen: Zusammen mit der Jodelmarke und zwei weiteren Marken zur Schweizer Volkskultur ist eine vierte zum Eidgenössischen Schützenfest erschienen – alles A-Post-Marken, absolut gleichberechtigt.

Zu spät für Sophie Taeuber

Gleichberechtigt sind Frauen auf Schweizer Briefmarken auch mit Lauterburgs Präsenz noch nicht – gerade deshalb freut sie sich über diese Ehre: «Das ist schon richtig so!» Auch die bildende Künstlerin Sophie Taeuber, bisher einzige Frau auf einer Schweizer Banknote (50 Franken), hätte sich wohl gefreut, wäre sie noch zu Lebzeiten anerkannt worden. Doch dazumal stempelte man sie als Kunsthandwerkerin ab. Wie Lauterburg kombinierte Taeuber inhaltlich und technisch Dinge, die offiziell nicht zusammenpassten – auch sie ihrer Zeit eine Nasenlänge voraus. «Kann ich denn jetzt einen Naturjutz singen und mich dazu auf der Geige begleiten?», fragte Chrige, als Karin sie zwecks Glättung der Wogen fragte, ob sie nicht wieder in den Verband eintreten wolle. Nein, das geht noch immer nicht. So bleiben die einen, wo sie sind, und die andere zieht weiter. Trotzdem sind sie jetzt vereint. Damit habe er keine Mühe, erklärte Josef Schärli der «Zentralschweiz am Sonntag». Auf besagter Briefmarke steht der Littauer Verbandsjodler neben Lauterburg ganz traditionell seinen Mann.

TINA UHLMANN

BERNER UNIVERSITÄTSGESETZ

Maulkorb für Studierende

Die StudentInnenschaft der Uni Bern (SUB) kann aufatmen: Die Zwangsmitgliedschaft bleibt im Unigesetz verankert.

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat es sich gestern zu Beginn der Debatte über die Änderung des Universitätsgesetzes leicht gemacht: Zwei besonders umstrittene Änderungsanträge wurden kurzerhand in die vorberatende Kommission zurückgewiesen, zwei weitere verworfen.

Die BDP-Fraktion wollte nichts davon wissen, dass auch ohne gymnasiale Matur zum Studium an der Uni Bern zugelassen wird, «wer das 30. Lebensjahr vollendet hat und in einem Aufnahmeverfahren nachweist, über die Hochschulreife zu verfügen». Genau dies haben Regierungsrat und Kommission neu im Unigesetz verankert. Hinter den Streichungsantrag der BDP stellten sich SVP, EVP und Teile der FDP. Würden neu auch Leute ohne Matur zum Unistudium zugelassen, drohe eine Schwemme, sodass der Numerus clausus noch vermehrt angewendet werden müsse, warnte Franziska Stalder (FDP, Muri). Doch der Grosse Rat entschied sich anders und lehnte den BDP-Streichungsantrag mit 85 zu 49 Stimmen deutlich ab.



Grossratspräsidentin Chantal Bornozy Flück erklärt der frustrierten SVP-Sprecherin Käthi Wälchli, dass sie als Antragstellerin nur wegen eines Versehens nicht zu Beginn der Debatte reden durfte.

Das gleiche Schicksal ereilte einen FDP-Antrag. Eva Desarzens (Boll) hatte namens ihrer Fraktion gefordert, dass der Regierungsrat den Numerus clausus nicht nur für Medizin und Sportwissenschaften, sondern «für weitere Studiengänge» anordnen könne. Diesen erweiterten Gesetzestext lehnte der Rat aber mit 80 zu 46 Stimmen ab.

Motion Fuchs hat Folgen

Stimmung kam gestern im Ratsaal erst auf, als SVP-Sprecherin Käthi Wälchli (Obersteckholz) forderte, die an der Uni Bern immatrikulierten Studierenden sollten neu nicht mehr automatisch der StudentInnenschaft

(SUB) beitreten müssen. Sondern: «Wer dieser Vereinigung angehören will, teilt dies der Universitätsleitung schriftlich mit.» Die geforderte Aufhebung der heute geltenden Zwangsmitgliedschaft hatte der Grosse Rat in der Novembersession 2009 noch mit 64 zu 63 Stimmen gutgeheissen. Thomas Fuchs (SVP, Bern) verlangte dies per Motion, weil er darüber verärgert war, dass der SUB-Vorstand sich für die Kampfjet-Initiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee ausgesprochen hatte, statt sich allein auf bildungspolitische Aussagen zu konzentrieren.

Dass der Grosse Rat wieder etwas auf Distanz zu Fuchs' Forde-

rung ging und damit am Status quo festhält (wer der SUB nicht angehören will, teilt dies der Unileitung schriftlich mit), gründet primär in einer Ergänzung des Gesetzestexts: Die SUB darf sich künftig nur noch zu universitären Themen äussern.

Für SUB, gegen die SVP

Bernhard Pulver (Grüne) setzte sich für die SUB ein. Diese sei für die Unileitung und «für mich als Erziehungsdirektor ein wichtiger Ansprechpartner». Letztlich wurde der SVP-Antrag mit 63 zu 58 Stimmen knapp verworfen.

Die Debatte zum Universitätsgesetz wird am nächsten Montag weitergeführt. URS EGLI

LONZA

Nach Fluss benannt

Der Chemiekonzern Lonza war zu Beginn vor allem ein Elektrizitätswerk. Seine Energie gewann es aus dem Walliser Fluss Lonza.

1897 wurde in Basel ein Unternehmen zum Bau und Betrieb von Wasserkraftwerken sowie elektrochemischen Fabriken gegründet. Ihren Namen leitete die Firma aus ihrem ersten Projekt ab: Sie baute in Gampel im Kanton Wallis eine Karbidfabrik mit Elektrizitätswerk. Die nötige Energie dafür lieferte der Fluss Lonza. Nach ihm nannte sich das Unternehmen.

1909 zog das Werk teilweise nach Visp und begann, synthetischen Dünger zu produzieren. Das Unternehmen expandierte



rasch. Dies weckte auch bei anderen Gelüste. 1974 wurde Lonza von der Alusuisse übernommen und zu dessen Chemie-Division. Nun konzentrierte sie sich vermehrt auf ihr heutiges Spezialgebiet: die Biotechnologie. Später wurde Lonza wieder unabhängig und verlegte den Sitz 2002 erneut nach Basel. MJC

AMT FÜR KULTUR

Pulver in der Kritik

Die Präsidenten der kantonalen Kulturkommissionen zeigen sich «bestürzt» über den personellen Kahl-schlag im Amt für Kultur.

Gestern erhielt Regierungsrat Bernhard Pulver Post von den Präsidenten der kulturellen Kommissionen: In einem Brief, der dieser Zeitung vorliegt, üben sie heftige Kritik am Köpferrollen im kantonalen Amt für Kultur (siehe Ausgabe vom Dienstag). Mit Kantonsarchäologin Cynthia Dunning, Jacqueline Strauss, Leiterin der Abteilung für Kulturförderung, und deren Stellvertreter Silvan Rüssli sind jüngst gleich drei Führungskräfte in die Wüste geschickt worden. Amtsvorsteherin Anita Bernhard reagierte damit auf schwelende «Führungsprobleme» und «Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit».

Namentlich Silvan Rüssli habe als Geschäftsführer der kulturellen Kommissionen «in einem schwierigen Umfeld ausgezeichnete Arbeit geleistet», heisst es in der Stellungnahme. Die Administration richte sich neuerdings nach den «Regeln des New Public Managements». Dies habe einen «kulturpolitischen Kahl-schlag» zu Folge. Dass Pulver, Bernhards oberster Chef, «diese Entwicklung» mittrage und verantworten, sei «zutiefst» enttäuschend, schreiben die Präsidenten. Sie hegen «schwer wiegende Befürchtungen», was die Zukunft der kantonalen Kulturförderung betrifft. «Übrig bleibt im Moment niemand, der auch nur annähernd mit der kulturellen Szene vertraut ist. In kürzester Zeit ist die gesamte kulturelle Sachkompetenz aus dem Amt eliminiert worden.» MEI

In Kürze

GROSSER RAT Keine Zinsen

Der bernische Grosse Rat will, dass für Grundwasserwärmepumpen keine Wasserrechts- und Wasserverbrauchszinsen mehr erhoben werden. Gegen den Willen der Regierung hat er gestern einen Vorstoss von EVP-Grossrat Markus Grossen (Reichenbach) überwiesen. vda

GROSSER RAT Recycling fördern

Die bernische Kantonsregierung muss Massnahmen zur Förderung des Recyclings von CDs und DVDs prüfen. Der Grosse Rat hat gestern einen Vorstoss von EVP-Grossrat Ruedi Löffel (Münchenbuchsee) als unverbindliches Postulat überwiesen. vda

GROSSER RAT Fragen zu Zwitter

Laut der Menschenrechtsgruppe Zwischengeschlecht.org werden im Inselspital Bern sehr viele kosmetische Genitaloperationen an Kindern mit «uneindeutigen» körperlichen Geschlechtsmerkmalen durchgeführt. Doch es gibt keine offiziellen Zahlen. Jetzt verlangen die Grossrätinnen Margreth Schär (SP, Lyss) und Corinne Schärer (Grüne, Bern) mit einer Interpellation vom Regierungsrat Auskunft über die Art und den Umfang solcher «Zwangseingriffe» an Kindern. pd